19. Wahlperiode
AutoText-Eintrag

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Jetzt ein AfD-Verbotsverfahren einleiten!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich auf Grundlage der Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie weiterer vorliegender Erkenntnisse auf Bundesebene für die zügige Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD einzusetzen. Hierzu soll der Senat

1. in Gespräche mit der neuen Bundesregierung eintreten und dabei auf die Beantragung eines Verbotsverfahren durch diese hinwirken,
2. in Absprache mit anderen Bundesländern parallel dazu eine Bundesratsinitiative initiieren oder die Initiative des Bundeslandes Bremen unterstützen, um über eine Mehrheit in der Länderkammer ein Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 30. September 2025 und danach halbjährlich zu berichten.

Begründung

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat auf Grundlage eines etwa 1.100 Seiten starken Gutachtens die Bewertung der gesamten AfD von Verdachtsfall auf „gesichert rechtsextremistisch“ hochgestuft. Für das Bundesamt steht als Ergebnis einer umfassenden Recherche und Analyse fest: Die AfD ist insgesamt rechtsextrem und richtet sich gegen die freiheitlich-demokratische Ordnung.

Auch weitere Erkenntnisse aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft belegen die verfassungsfeindliche Ausrichtung der AfD, ihr planvolles und strategisches Handeln sowie

die Potentialität, ihre Bestrebungen in die Tat umzusetzen. Spätestens seit dem Bekanntwerden ihrer Deportationspläne ist klar, dass sie Angriffe auf die Menschenwürde und die Grundrechte von Millionen von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland vorbereitet. Die AfD strebt ein homogenes Volk an, in dem Minderheiten nicht geschützt, sondern ausgegrenzt werden. Das von der AfD propagierte Volksverständnis steht im Widerspruch zum Grundgesetz.

Zu begrüßen ist, dass sich nun auch der Regierende Bürgermeister für die Prüfung eines Parteiverbots ausgesprochen hat (<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bjorn-hocke-ist-ein-nazi-berlins-regierender-wunscht-sich-ein-afd-verbot-13639228.html>). Jetzt heißt es: handeln! Es ist an der Zeit, die grundgesetzlich vorgesehenen Instrumente der wehrhaften Demokratie zu aktivieren. Nur durch die Einleitung eines Verbotsverfahrens erhält das oberste Gericht der Bundesrepublik Deutschland überhaupt die Möglichkeit, zu prüfen, ob die Voraussetzungen für ein Parteiverbot erfüllt sind. Deshalb sollte der Senat alles tun, um dies in die Wege zu leiten.

Berlin, den 13.05.2025

Jarasch Graf Mirzaie
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schulze Schrader
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke